Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr 154 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend | Halver Donnerstag, den 3. Juli 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Preußische Landtag wird sich am Freitag bis zum 14. Juli und dann wieder vom 16. Juli bis 23. September vertagen.

* Die Verhandlungen in Düsseldorf haben zu einer Einigung geführt, durch die die Micumverträge einstweilen verlängert werden.

* Der neue bayerische Ministerpräsident Held wird sich am Mittwoch zu einer Konferenz nach Berlin begeben.

* Das englische Unterhaus hat die endgültige Abschaffung der Mac-Kenna-Einfuhrabgabe vom 1. August an beschlossen.

* Aus London wird gemeldet, daß Frankreich und die Vereinigten Staaten offiziell zugesagt haben, Vertreter zu der Konferenz am 16. Juli zu entsenden. Die Zustimmung Italiens und Belgiens liegt bereits vor.

* Der neue polnische Zolltarif tritt am 13. Juli in Kraft. Er sieht eine bedeutende Ermäßigung der Zollsätze für Gegenstände des täglichen Bedarfs vor.

Inmitten der Verhandlungen.

Der Gesichtspunkt der militärischen Garantien, den die poincaristische Politik seit 2½ Jahren in den Vordergrund stellte, ist in den Verhandlungen der letzten Wochen etwas, aber nicht ganz, zurückgetreten; an seine Stelle hat man aber umso stärker zunächst einmal die wirtschaftliche Garantiefrage nach vorn geschoben.

Die Militärkontrollnote selbst hat natürlich in London und Paris, abgesehen von einigen ganz Unversöhnlichen, volle Befriedigung erregt; die Absicht Macdonalds, durch eine neue gründliche Kontrolle und Bestandsaufnahme der militärischen „Machtmittel" Deutschlands den französischen Widerstand gegen eine allgemeine Abrüstung als überflüssig hinzustellen, hat ihn veranlaßt, die damalige Poincaré-Note mit zu unterzeichnen. Nur weiß man natürlich nicht, ob nicht Macdonald aus pazifistischen Gründen vollständig damit einverstanden sein wird, diese Kontrolle so gründlich zu gestalten, daß ihr Ende vorläufig gar nicht abzusehen ist; jedenfalls erklärt in einem längeren Leitartikel der offiziöse „Temps" den Wunsch der deutschen Regierung, diese Kontrolle nicht länger als bis zum 30. September hinzuziehen, für völlig unerfüllbar.

„Völlig unerfüllbar" — das ist auch die Entscheidung, die man jedem deutschen Wunsche auf Erleichterung der Micumlasten entgegengesetzt hat. Freilich in ein paar Kleinigkeiten hat man nachgegeben, aber die entscheidende Frage, nämlich die der Finanzierung der Leistungen und eine etwaige Anrechnung der gesamten Micumlieferungen auf den später zu verwirklichenden Zahlungsplan des Sachverständigen-Gutachtens, laut dem wir im Jahre 1924/25 überhaupt nur 200 Millionen Mark zahlen sollen, ist glatt abgelehnt worden. Jedenfalls kann man es nicht gerade als eine Konzession französischerseits auffassen, wenn man dort mit der Ersetzung der Micumverträge durch jenen Zahlungsplan bei Inkrafttreten des Abkommens einverstanden ist, denn das ist eine Selbstverständlichkeit.

„Völlig unerfüllbar" — das ist auch das Resultat der deutschen Wünsche nach irgendwelchen Milderungen der Bestimmungen, die in dem Sachverständigenabkommen über die Umgestaltung der deutschen Reichseisenbahn getroffen worden sind. Belgien hat hier jedes Entgegenkommen des Organisationsausschusses verhindert, und völlig unklar bleibt auch nach Herriots Worten, was nun eigentlich nach Einsetzung der internationalen Verwaltung aus der bisherigen franko-belgischen Eisenbahn-Regie werden soll; irgendwelche Zusicherungen über ihre Auflösung sind nicht gemacht worden und ebenso ist auf alle Fälle an der Kontrolle mindestens der drei Hauptlinien im Rhein- und Ruhrgebiet durch Frankreich grundsätzlich festgehalten worden.

Ganz eigenartig ist die Entwicklung im zweiten Organisationsausschuß, dann über die deutschen Industrie-Obligationen gewesen. Der Sachverständigenbericht sieht nur eine Generalhypothek auf die deutsche Industrie vor, — da plötzlich kamen die beiden französischen Mitglieder und erklärten, sie verlangen die Ausstellung jedes Schuldscheines auf irgendein großes industrielles Werk in Deutschland, so daß der Inhaber dieses deutschen Schuldscheins damit das Recht erhielt, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Reichsregierung auf privatrechtlichem Wege gegen dieses Werk vorzugehen. Nun hat aber die deutsche Industrie auf das finanzielle und steuerliche Gebahren des Deutschen Reiches nicht den geringsten Einfluß, sollte aber trotzdem auf diese Weise dem Ausländer gegenüber dafür haftbar werden. Da hat sich aber das neue, fünfte Mitglied dieses Ausschusses, der schwedische Bankier Markus Wallenberg, also der Neutrale, so scharf gegen dieses französische Ansinnen ausgesprochen, daß der bisherige — französische — Vorsitzende des Ausschusses zum Zeichen des Protestes sein Amt niedergelgt hat. Der Ausschuß ist also gar nicht in der Lage, der deutschen Regierung irgendwelche Richtlinien für die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über die deutschen Industrie-Obligationen vorzulegen.

Dabei soll nun — und das ist bedenklich, bei diesen Verhandlungen von Deutschland verlangt werden, daß es bis zum Zusammentritt der Londoner Konferenz die drei Gesetze über die Eisenbahn, die Goldnotenbank und die Industrie-Obligationen nebst einem Mantelgesetz gesetzgeberisch vollständig fertiggestellt haben soll, so daß tatsächlich irgendwelche Erleichterungen oder Abänderungen in London zu unseren Gunsten anscheinend gar nicht mehr erfolgen könnten. Sollten wir in London nur zur Unterschrift erscheinen müssen, nachdem wir uns allein schon reichsgesetzlich gebunden haben, müßten wir nur weitere Verpflichtungen zu den alten auf uns nehmen, so müßten die Aussichten in die Zukunft allerdings starke Verdunkelungen erfahren.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Gefährdung der großen Koalition in Preußen.

Das parteioffiziöse Organ der Deutschen Volkspartei schreibt: „Ein großer Teil der Presse ergeht sich in Vermutungen und Behauptungen über einen bevorstehenden Austritt der Fraktion der Deutschen Volkspartei aus der großen Koalition in Preußen. Es ist bekannt, daß eine Reihe von Umständen vorliegt, die das Verbleiben der D. V. P. in der bisherigen Regierung aufs äußerste erschweren oder in Frage stellen. Daß hierüber in der Fraktion eingehend gesprochen wurde, ist selbstverständlich. Beschlüsse sind jedoch noch nicht gefaßt worden. Die Fraktion wird sich alles weitere vorbehalten. Dies zur Richtigstellung von Behauptungen, die es so darstellen möchten, als ob über diese Fragen irgendwelche Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion bestünden. Das ist durchaus nicht der Fall." — Die Schwierigkeiten, von denen hier die Rede ist, sind wohl hauptsächlich in Meinungsverschiedenheiten zwischen Zentrum und D. V. P. zu erblicken, die jedoch bereits wieder ausgeglichen sein sollen.

Eine deutschnationale Interpellation.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat mit eingehender Begründung durch Hinweis auf Fehler der Steuerpolitik, der Kreditpolitik der Reichsbank, der Finanz- und Tarifpolitik, der Eisenbahn- und der Postverwaltung, folgende Interpellation eingebracht: „Wir fragen die Reichsregierung, ob sie bereit ist, in eine eingehende Untersuchung der kritischen Lage der Wirtschaft unter Zuziehung des Reichstages sowie einiger wirtschaftlicher Sachverständigen einzutreten, schon vorher aber, und ohne den Abschluß dieser Untersuchung abzuwarten, die schlimmsten der oben geschilderten Fehler in der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches abzustellen."

Italien.

× **Der König über den Mord an Matteotti.** Vertreter von Senat und Kammer haben im Quirinal dem König als Antwort auf die Thronrede die Adressen des Parlaments überreicht. Der König erwiderte u. a.: „Ich bin sicher, daß, indem wir uns mit dem Gedächtnis an unsere gefallenen Brüder erfüllen, die Eintracht aller Italiener dem Opfer der Helden den Ruhm bereiten wird, sich nicht umsonst für die Größe und das Glück des Landes, das der besten und größten Bestimmung würdig ist, geopfert zu haben. Das von mir betonte Wort der Eintracht gibt den einmütigen Wünschen des Volksbewußtseins Ausdruck. Heute, wo ein furchtbares Verbrechen meinen Abscheu sowie den meiner Regierung, des Parlaments und des ganzen Landes hervorgerufen hat, ist es mehr als je notwendig, daß beide Kammern der Nation ein Beispiel der Weisheit und Versöhnung geben."

Aus In- und Ausland.

Berlin. Vor einigen Tagen ist hier ein Klub der Zentrumspartei gegründet worden, der sich zunächst die Aufgabe gestellt hat, in Berlin ein großes Zentrumshaus zu errichten.

Breslau. Hier wurde der Führer des Stahlhelmbundes im Kreise Heinau, der frühere Leutnant Rathsmann, unter dringendem Spionageverdacht verhaftet.

München. In einer abgehaltenen Besprechung der Koalitionsführer wurde das Regierungsprogramm festgelegt und die Kabinettsbildung endgültig abgeschlossen. An der bereits gemeldeten Ministerliste ändert sich nichts.

Saarbrücken. Der Landesrat hat in seiner letzten Sitzung das deutsche Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenengesetz einstimmig angenommen. Es bringt eine erhebliche Besserstellung der Kriegsbeschädigten mit sich.

Wien. Der Bundeskanzler Dr. Seipel hat seine erste einstündige Ausfahrt im Auto nach Schönbrunn und Umgebung unternommen, wo er in einer Allee spazieren ging.

Paris. Die Auslandskommission des Senats hat ein neues Mitglied erhalten: Raymond Poincaré. Er wurde für ein ausscheidendes Mitglied gewählt.

Preußischer Landtag.

(323. Sitzung.) tt. Berlin, 1. Juli.

Das Haus setzte die zweite Beratung des Handelshaushalts fort. Abg. Hager (Zentrum) forderte, daß das Sachverständigengutachten so schnell wie möglich durchgeführt werde, sonst gehe die deutsche Wirtschaft zugrunde. Nicht die Löhne, sondern die Lasten des Versailler Friedensvertrages, der hohe Preis für Kohle und Eisen, die Tarifpolitik der Eisenbahn lähmten die Wirtschaft. Der Wust von Steuern müsse einer Vereinfachung Platz machen. Die Umsatzsteuer sei dringend reformbedürftig.

Bei den nun folgenden Abstimmungen zum Justizetat werden die Anträge des Hauptausschusses angenommen, die kommunistischen Anträge abgelehnt. Der von den Deutschnationalen gestellte Antrag zur Begnadigung wegen geringer Vergehen verurteilter Gewerbetreibender (Preistreiberei) wurde in einer von den Demokraten geänderten Form angenommen.

Dann ging die Beratung des Handels- und Gewerbeetats weiter. An der Debatte beteiligten sich die Abgg. Brunck (Deutschnat.), Dr. Pinkerneil (Deutsche Vp.) u. a.

Die Heimkehr der Ausgewiesenen.

Nicht alle Wünsche befriedigt.

Im Anschluß an die Überreichung der deutschen Antwortnote hatte der deutsche Botschafter v. Hoesch eine längere Besprechung mit Herriot, in deren Verlauf er im Auftrage der deutschen Regierung zunächst den Dank für die Aufhebung der Ausweisungsbefehle aussprach, wobei er jedoch zum Ausdruck brachte, daß damit nicht alle Wünsche der deutschen Regierung und des deutschen Volkes erfüllt seien. Deutschland hoffe, daß auch in weitestem Umfang alle Gefangenen begnadigt werden, die wegen Beteiligung an dem passiven Widerstand zu Strafen verurteilt worden sind. Er hätte hinzufügen können, daß in den Kreisen der Ausgewiesenen keine rechte Freude aufkommen will, weil ihnen mitgeteilt wurde, daß die Zurückweisung der Ausweisung nicht gleichbedeutend mit der Erlaubnis zur Wiedereinreise ist. Dazu solle es einer besonderen Einreisegenehmigung bedürfen, die auf Antrag erteilt wird. Die Ausgewiesenen fordern daher bedingungslose Zurücknahme der Ausweisung mit sofortiger Einreise und unbehindertes Wohnen in den besetzten Gebieten. Gerade damit dürfte es aber vornehmlich hapern, da die Besetzungsbehörden diesem Begehren anscheinend nicht Rechnung tragen. Wie aus Wiesbaden gemeldet wird, gab bei Beratung eines Antrages zur Steuerung der Wohnungsnot ein Magistratsmitglied in der letzten Stadtverordnetenversammlung bekannt, daß die französische Besatzungsbehörde wiederum 400 Wohnungen angefordert hat. Das Blatt meint, angesichts der Rückkehr der Ausgewiesenen sei diese Forderung eine neue Sanktion, die die genehmigte Rückkehr für die meisten Ausgewiesenen wohl illusorisch machen dürfte. In der Stadt Recklinghausen empfindet man es besonders schmerzlich, daß sich auch der Oberbürgermeister Hamm unter den Personen befindet, denen die Rückkehr noch vorenthalten wird.

Die verlängerten Micumverträge.

Bis zum Inkrafttreten des Sachverständigengutachtens.

Schwierig und mitunter erregt wickelten sich in Düsseldorf die Verhandlungen über die nochmalige Verlängerung der Micumverträge zwischen der deutschen Kommission und den französischen Vertretern ab. Endlich kam es zu folgendem Abschluß:

Die Bestimmungen des Vertrages sind dieselben wie diejenigen des Abkommens vom 15. April mit folgenden Änderungen: b) Die laufende Kohlensteuer wird auf 75 Pfennig festgesetzt. a) Die Ein- und Ausfuhrabgabe (Verkehr mit dem Auslande) sowie die Zuleitungs- und Ablaufsgebühren (Verkehr mit dem unbesetzten Gebiet) der Konzerne und der Zechen wird auf die Hälfte herabgesetzt. c) Die Verkehrsabgabe für die Nebenprodukte wird auf 1 % ermäßigt. Die Lieferung von Nebenprodukten wird auf folgende Prozente der Herstellung festgesetzt: 10 % für Benzol (wie bisher), 6 % für Pech statt 10 % bisher, 8 % für schwefelsaures Ammoniak und die übrigen Nebenprodukte statt bisher 10 %. Die unter a bis c genannten Ermäßigungen erhalten rückwirkende Kraft vom 15. Juni ab. Für die Streikzeit vom 1. Mai bis 17. Juni einschließlich wird die an Reparationsbrennstoffen zu liefernde Menge auf 27 % der Nutzförderung der Zechen in diesem Zeitraume ermäßigt.

Das Abkommen gilt vom 1. Juli bis zur Inkraftsetzung des Sachverständigengutachtens. Es kann jedoch beiderseits zu jedem Monatsanfang mit einer Frist von zehn Tagen gekündigt werden.

Vor Unterzeichnung des Abkommens wurde die Sechserkommission darauf aufmerksam gemacht, daß die Verlängerung des Abkommens für den Monat August von der Möglichkeit der Finanzierung abhängt. Die Kommission wird hierüber in den nächsten Tagen verhandeln und hat sich der Micum gegenüber weitere Entschlüsse vorbehalten.

*

Finanzielle Beihilfe des Reiches.

Die Verlängerung des Micumabkommens war nur möglich, weil die Reichsregierung dem Ruhrbergbau für die Tragung der Micumlasten finanzielle Beihilfe zugesichert hatte. Der Regierung ist es in der jetzigen Situation, wo man auf ein baldiges Inkrafttreten des Sachverständigenplans hofft, dem Vernehmen nach darum zu tun, selbst unter den größten Opfern alles zu vermeiden, was einen günstigen Fortgang der entscheidenden Verhandlungen stören könnte.

Herabsetzung der Kohlenpreise.

20 % Verbilligung vorgeschlagen.

Die Belastung des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaues durch die Micum-Verträge hat bewirkt, daß die Preise für westfälische Steinkohle den Preisstand der Brennstoffe des unbesetzten Deutschland stark überschritten haben. Die westfälischen Kohlenpreise liegen aber auch nicht unerheblich über den englischen Preisen. Infolgedessen sind für den westfälischen Steinkohlenbergbau sehr starke Absatzstockungen eingetreten. Um eine Hebung des Absatzes zu erzielen, soll nunmehr, nachdem das neue Micum-Abkommen erzielt ist, eine wesentliche Herabsetzung der Preise erfolgen, über die augenblicklich verhandelt wird. Vorgeschlagen ist eine Ermäßigung der Preise um 20 bis 25%. Wahrscheinlich wird aber eine Einschränkung der Förderung zu erwarten sein, möglicherweise müssen Feierschichten eingelegt werden.

Versöhnung getrennter Brüder.

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

In Bamberg fand, wie die Germania meldet, im Hause des Führers der Bayerischen Volkspartei, Domkapitulars Leicht, eine eingehende Aussprache zwischen Führern des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei statt, die „einen recht befriedigenden Verlauf nahm und erfreuliche Aussichten auf ein engeres Zusammenarbeiten der beiden Fraktionen im Parlament eröffnet." Auf beiden Seiten sei der dringende Wunsch zum Ausdruck gekommen, über die Schwierigkeiten, die sich in den letzten Jahren ergeben haben, hinwegzukommen. Der Reichsparteivorstand der Deutschen

Zentrumspartei hat in seiner letzten Sitzung die Ergebnisse der Bamberger Besprechung einmütig gebilligt. Die Aussprache wird in nächster Zeit fortgesetzt werden, wahrscheinlich schon am 12. Juli wiederum in Bamberg. — Man muß sich erinnern, daß die Bayerische Volkspartei früher ein Teil des Zentrums war, der sich wegen der Erzbergerschen Politik von den alten Freunden trennte und selbständig machte. Eine Wiedervereinigung würde natürlich von schwerwiegender Bedeutung für unsere parlamentarischen Verhältnisse werden.

Deutschsozialer Parteitag.

Dawes-Gutachten und Zinswucher.

Berlin, 1. Juli.

Der in den letzten Tagen hier abgehaltene dritte Parteitag der Deutschsozialen Partei hat nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Kunze folgende Entschließung einstimmig angenommen:

1. Der Parteitag erhebt schärfsten Protest gegen die Annahme des Dawes-Gutachtens, weil es ewige Versklavung des arbeitenden deutschen Volkes und die Vernichtung der Selbständigkeit des deutschen Staates herbeiführt. Weil die Lüge von Deutschlands Schuld am Kriege die Grundlage für dieses Gutachten bildet, verlangt der Parteitag von Regierung und Volksvertretung die sofortige Zurückweisung dieser Lüge und Feststellung der Wahrheit im deutschen Reichstage. Über Annahme oder Ablehnung des Gutachtens ist ein Volksentscheid herbeizuführen.

2. Der Parteitag erhebt schärfsten Protest gegen die neue furchtbare Ausbeutung unseres Volkes durch den ungeheuerlichen Zinswucher, der noch die letzten Ersparnisse verschlingt, die der Papiergeldschwindel übrig gelassen hat. Die Regierung wird aufgefordert, dem Reichstage sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Zinssatz auf 3 % beschränkt und diejenigen mit der schwersten Strafe belegt, die diesen Zinssatz überschreiten.

Ungesetzliche Wohnungskündigungen.

Berlin, 1. Juli.

Vereinzelt haben Hausbesitzer die alten Mietsverträge, die nach ihrem Wortlaut zum 1. Oktober kündbar sind, beim Ablauf der Kündigungsfrist vor dem 1. Juli gekündigt. Diese Kündigungen sind, wie man von zuständiger Stelle erfährt, ungesetzlich und unwirksam, sie widersprechen dem Gesetz über den Mieterschutz, das eine Aufhebung bestehender Mietsverträge nur unter ganz besonderen Umständen zuläßt, aber nicht einmal den Hauswirt allein zur Kündigung berechtigt, sondern vorschreibt, daß die Aufhebung der Verträge nur auf Antrag des Hausbesitzers im Wege der Klage durch das Gericht erfolgen darf. Die Kündigungen haben sicherlich den Zweck, für den Fall einer Aufhebung des Mieterschutzgesetzes schon jetzt zu versuchen, die Bahn für Mietssteigerungen bei dem Abschluß von neuen Verträgen oder bei der Verlängerung der alten Verträge freizumachen. Den Mietern, die solche Kündigungen erhalten haben, kann nur empfohlen werden, sofort dem Hausbesitzer schriftlich mitzuteilen, daß die Kündigungen unwirksam sind, weil sie den gesetzlichen Bestimmungen widersprechen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 3. Juli 1924.

□ **Einreise in das besetzte Gebiet.** Die Besatzungsbehörden nehmen fast täglich Reisende, die das besetzte Gebiet betreten, in Geldstrafe oder in Untersuchungshaft, weil sie nur einen Paß oder einen Personalausweis nicht aber die vorgeschriebene Einreiseerlaubnis besitzen. Die Meinung, die Einreiseerlaubnis könne an Ort und Stelle eingeholt werden, ist irrig. Vor der Einreise in das besetzte Gebiet mit mangelhaften Ausweispapieren, insbesondere ohne eine ausdrückliche Einreiseerlaubnis, muß daher wiederholt dringend gewarnt werden.

□ **Die Fürsorgepflicht.** Voraussetzung, Art und Maß der auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924 zu leistenden öffentlichen Fürsorge richten sich zurzeit nach den vorläufigen Grundsätzen vom 27. März 1924; sie haben für die Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner im wesentlichen die früheren Bestimmungen aufrechterhalten. Die Geltungsdauer dieser Grundsätze ist nunmehr bis zum 1. November 1924 verlängert worden.

Steuerkalender für Juli 1924.

Von Hugo Meyerheim, M. d. O., Berlin-Grunewald.

5. Juli: Ablieferung der für die Zeit vom 21. bis 30. Juni 1924 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen, sofern Ablieferungsverpflichtung vorliegt (Finanzkasse), alle übrigen Arbeitgeber haben in Höhe dieser Abzüge Steuermarken zu kleben und zu entwerten.

10. Juli: 1. Voranmeldung und Vorauszahlung auf die Einkommen- bzw. Körperschaftssteuer (Schonzeit 7 Tage) aller Steuerpflichtigen. (Monats- und Vierteljahrszahler). Die Voranmeldung ist an die Umsatzsteuerdienststelle zu richten und der Betrag an die Finanzkasse zu leisten.
2. Kirchensteuer der evangelischen und katholischen Gemeinden. Schonzeit 7 Tage. (Finanzkasse).
3. Fälligkeit der allgemeinen Umsatzsteuer, Luxussteuer, Anzeigensteuer, Beherbergungssteuer, Verwaltungssteuer und Tattersallsteuer nebst Einreichung der Voranmeldung pro Monat Juni 1924. (Monats- und Vierteljahrszahler,) Schonzeit 7 Tage. (Finanzkasse für Umsatzsteuer.)
4. In Preußen: Fälligkeit der Gewerbeertragssteuer-Voranmeldung und -Vorauszahlung aller der Steuerpflichtigen, die einen gewerbssteuerpflichtigen Betrieb unterhalten. Keine Schonzeit. (Steuerkasse.)

15. Juli: 1. Ablieferung der für die Zeit vom 1. bis 10. Juli 1924 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen, sofern Ablieferungsverpflichtung vorliegt (Finanzkasse), alle übrigen Arbeitgeber haben in Höhe dieser Abzüge Steuermarken zu kleben und zu entwerten.
2. In Preußen: Fälligkeit der Grundvermögens- und Hauszinssteuer pro Juli 1924. (Steuerkasse.)

25. Juli: Ablieferung der für die Zeit vom 11. bis 20. Juli 1924 einbehaltenen Steuerabzüge der Lohn- und Gehaltszahlungen, sofern Ablieferungsverpflichtung vorliegt (Finanzkasse), alle übrigen Arbeitgeber haben in der Höhe dieser Abzüge Steuermarken zu kleben und zu entwerten.

—* **Die Hauszinssteuer.** Aus Berlin wird gemeldet: Die preußische Steuernotverordnung vom 1. April 1924 wird wie folgt geändert: § 2 Abs. 1 erhält nachstehende Fassung: Die Hauszinssteuer brträgt vom 1. Juli an 500 Proz. und vom 1. Oktober 1924 ab 600 Prozent der Grundvermögenssteuer. § 2 Abs. 2 erhält folgende Fassung: Für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1924 sind 2 Fünftel, für die spätere Zeit ein Drittel des Aufkommens aus der Hauszinssteuer nach näherer Vorschrift zur Förderung der Neubautätigkeit zu verwenden. Für die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September 1924 wird ein Fünftel, für die spätere Zeit ein Sechstel den Gemeinden überwiesen, der Rest fließt dem Lande zu. Die Gemeinden können die Erhebung von Zuschlägen zur Hauszinssteuer bis zur Höhe von 100 Prozent beschließen.

+ **Halver,** 3. Juli. Am Samstag abend findet in der Halle der Carlshöhe ein großes Streichkonzert, ausgeführt von der Bückeburger Reichswehrkapelle, statt. Die Leistungen der Kapelle, die in früheren Jahren hier öfters konzertiert hat, dürfte noch in bester Erinnerung sein. Herr Obermusikmeister Möller, der in Halver nicht mehr fremd ist, hat für den Abend ein auserwähltes Programm zusammengestellt, sodaß ein Besuch des Konzerts allen Musikfreunden nur bestens empfohlen werden kann.

+ **Kierspe,** 3. Juli. Die nächste Mütterberatungsstunde findet am Dienstag, den 15. Juli d. Jrs. von vorm. 11—12 Uhr im Sitzungssaale des Amtshauses statt.

× **Kierspe-Bhf.,** 3. Juli. Im Schulgebäude hierselbst findet am Dienstag, den 15. Juli eine Mütterberatungsstunde statt und zwar von 1 bis 3 Uhr nachm.

= **Nönsahl,** 3. Juli. Am Dienstag, den 15. Juli findet hierselbst im Schulgebände die Mütterberatungsstunde statt und zwar von 9 bis 10 Uhr vorm.

Plettenberg, 1. Juli. Wie wir hören, wird die hiesige Niederlassung des Barmer Bankvereins wie auch diejenige Werdohls und vieler anderen Orte zum 1. Januar 1925 geschlossen.

+ **Münster,** 1. Juli. Man schreibt uns: Der Versicherungsverein gegen Haftpflicht für Landwirte der Provinz Westfalen hielt am 24. Juni hier seine diesjährige Generalversammlung ab. Bei Erläuterung des Geschäftsberichts wurde besonders hervorgehoben, daß das Geschäftsjahr 1923 für den Verein das krisenhafteste seit seinem Bestehen war, und es dennoch, dank der vorsorglichen Maßnahmen hinsichtlich der Umstellung der Versicherungssummen auf wertbeständiger Grundlage gelungen sei, das Geschäftsjähr 1923 zu einem guten Ende zu führen und sogar mit einem — wenn auch bescheidenen — Gewinn abzuschließen. Der Verein hatte am Jahresschluß 1923 nach Abzug der bisherigen Abmeldungen einen Bestand von 22408 zahlenden Mitgliedern. Die Jahresrechnung schließt ab in Einnahme mit 29 598 196 942 Mill., in Ausgabe mit 27 763 002 043 Mill. Die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz schloß ab mit einem Reingewinn von 4 072 373 173 Mill. Mark. An Schäden wurden angemeldet 1229, für welche bis zum Jahresschluß ein Betrag v. 2627 708 771 Mill. Mk. verausgabt wurde. Außerdem mußten für schwebende Schadenfälle noch 25 789 190 000 Millionen in Reserve gestellt werden. Sodann wurde über die Aussicht des Jahres 1924 hervorgehoben, daß der Verein als sehr gesundes Haftpflichtversicherungsinstitut dastehe, was am besten daraus hervorgehe, daß in den ersten 5 Monaten des Jahres 1924 ein Zugang von 510 neuen Mitgliedern zu verzeichnen gewesen sei, worunter sich auch zahlreiche Großbetriebe befänden, die bislang noch bei Privatgesellschaften gebunden waren. Es ist dies ein Zeichen, daß die Landwirte immer mehr erkennen, wie notwendig gerade in der augenblicklichen geldknappen Zeit, in der ein einziger Schadenfall unter Umständen die Existenz des Hofes gefährden kann, die Haftpflichtversicherung für sie ist und daß sie nirgendwo besseren und billigeren Versicherungsschutz gegen die Gefahren der Haftpflicht finden als bei ihrem eigenen Haftpflichtversicherungsverein. Entsprechend dem Vorschlage des Aufsichtsrates wurde von der Generalversammlung mit Wirkung vom 1. Juli 1924 ab die Umstellung des Versicherungsschutzes von Roggen- auf Goldwährung beschlossen. Die Versicherungssummen betragen fortan für alle Versicherten 100 000 G.-Mk. bei Personenschäden und 30 000 G.-Mk. bei Sachschäden. Auf besonderen Antrag wird noch höherer Versicherungsschutz gewährt.

Wasserfuhr, 1. Juli. Beim Königschießen auf dem hiesigen Schützenfeste am vergangenen Samstag lat Herr Leo Dörpinghaus von hier den Königsschuß und wurde zum König proklamiert. Am Sonntag fand das Preisschießen der auswärtigen Vereine statt, aus dem als erster Halver mit 133 Punkten, als zweiter Radevormwald mit 101 Punkten hervorging. Der Besuch des Festes war sehr gut und der Verlauf ein sehr befriedigender.

Nah und Fern.

○ **125 Jahre Berliner Technische Hochschule.** Anläßlich des 125jährigen Bestehens der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg, richtete Reichspräsident Ebert ein Glückwunschschreiben an den Rektor. Bei der Feier hielt Kultusminister Boelitz eine Rede, in der er u. a. sagte: „Der Andrang, der nach dem Kriege zum technischen Studium eingesetzt hat, ist ein Zeichen dafür, wie tief die deutsche Jugend jenen Sinn des Friedensvertrages empfindet, der sich gegen den Geist der deutschen Technik richtet, wie er in den Technischen Hochschulen seine Verkörperung findet."

○ **Verfehlungen bei der Reichsvermögensverwaltung.** Auf der Reichsvermögensverwaltung Koblenz sind Unregelmäßigkeiten entdeckt worden. Man hat Überforderungen eines Händlers in Höhe von 50 000 bis 100 000 Mark festgestellt. In die Angelegenheit sind auch Angestellte der Reichsvermögensverwaltung verwickelt.

○ **Politischer Mord.** In Hindenburg wurde das Mitglied der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Rudolf v. Henke angeblich von Kommunisten durch zwei Revolverschüsse in den Bauch so schwer verletzt, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte, wo er noch hoffnungslos daniederliegt.

○ **Unwetter in Schlesien.** Das Eulengebirge wurde von einem schweren Unwetter heimgesucht. Ein orkanartiger Sturm richtete unter den Obstanpflanzungen schwerste Vernichtungen an. Die Bäume

Großkaufmann Selstermann.

Roman von Wilhelm Herbert.

41) Nachdruck verboten.

Dieser geringfügige, aber für die Beurteilung des Ganzen entscheidende Vorfall genügt, um das Schicksal zu rufen und in meinem Schützling den Ausbruch einer Abwehr zu veranlassen, die leider zu einer Tat geführt hat, die der Staatsanwalt als Mord bezeichnet!"

„Ich würde ihn freisprechen," rief Gretchen lebhafter, als es sonst ihre Art war, mit dunklen Augen.

„Natürlich," sagte der Kaufmann und nickte. „Das sieht dir gleich."

„Ob's zur Freisprechung kommt," meinte der Anwalt rein sachlich, „ich zweifle! Aber der Grundgedanke, aus dem heraus Fräulein Gretchen ihr Verdikt fällen möchte, scheint mir doch nicht so ganz unrichtig zu sein. Wie eine Notwehr sonst im Leben u. im Recht anerkannt ist, so muß auch eine Ehrennotwehr sein, die der benutzen darf, der von einem anderen in seiner Ehrenhaftigkeit irgendwie angegriffen ist. Ob freilich mein jetziger Klient mit dieser Schuld gedeckt werden kann, das erfordert noch reifliches Studium und Ueberlegung. Ich muß ihn vor allem selbst sehen und werde ihn morgen früh im Gefängnis besuchen. Ich bin ungemein gespannt auf den Eindruck, den er macht!"

Selstermann hatte sich mit entschuldigender Bewegung erhoben, da an die Tür geklopft worden war und der Kopf des Bureaubieners dort erschien.

„Ich beneide Sie um Ihren Beruf," sagte Gretchen und sah den Anwalt mit schimmernden Augen an. „Für das Recht der Schwächeren zu kämpfen, die Wahrheit ermitteln, wo sie im Dunkeln liegt — es kann nichts Schöneres geben."

„Sie wissen am allerbesten, Fräulein Gretchen, daß es auch nichts Schwereres und unter Umständen Undankbareres gibt. Haben wir beide uns gestern gerade in diesem Kampf voneinander entfernt. Freilich — erlauben Sie mir, daß ich diese Minute benutze, um Ihnen das zu sagen — freilich habe ich es selbst so ungeschickt angestellt, als nur möglich, und dadurch den Ausgang verschuldet. Die Ueberzeugung, daß Sie auf einer falschen Spur sind — den Eifer, mit dem ich gerade Ihrer selbst wegen für die Reinheit Ihrer ganzen Familie eintreten möchte, hat mich weit heftiger und unüberlegter werden lassen, als ich es in jeder Hinsicht hätte werden dürfen. Es hat mich seit gestern so sehr gereut, und ich möchte Sie herzlich bitten, verzeihen Sie mir, was ich gefehlt habe."

„Ich habe Ihnen nichts zu verzeihen. Sie sind für Ihre Meinung eingetreten — ich für die meine. Und darin wird sich von gestern auf heute nichts geändert haben — bei Ihnen ebensowenig wie bei mir. Darum bestehen die Gegensätze, die uns sachlich trennen, auch wohl heute ebenso weit wie gestern."

„Und müssen uns diese Gegensätze denn wirklich trennen, Fräulein Gretchen? Ach, ich habe ja gestern selber in der Uebereilung, in der Aufregung derlei gesagt. Aber können wir denn nicht in diesem Punkte verschiedener Auffassung sein und uns trotzdem so nahe stehen, wie zwei Menschen sich nur überhaupt im Leben nahe zu stehen vermögen?"

„Ich habe in meiner Gesinnung und in meinen Empfindungen Ihnen gegenüber keinen Wandel durchgemacht, Herr Doktor! Dazu bin ich zu zäh veranlagt und fühle das, was ich empfinde auch zu tief. Aber es ist doch wohl etwas wesentlich Verschiedenes, was wir für einander im Innern empfinden und in welche äußeren Beziehungen wir zu einander treten können. Ich würde niemals zu Ihnen passen, solange Sie in diesen Lebensfragen im unlösbaren Widerspruch mit mir denken; es wäre kein glückliches Zusammenleben! Das sind nicht Kleinigkeiten, wie sie täglich auftauchen und wieder verschwinden — über die man sich lächelnd hinwegsetzt und den Widerspruch des anderen ruhig als die Betätigung der Selbständigkeit des Individuums hinnimmt" —

Ihr Vater trat wieder ein.

Er betrachtete die beiden genau.

„Nun, seid ihr mit eurem interessanten Mörder fertig? — Dann könnten wir ja vielleicht, weil sich die Stunde so günstig trifft, zur Abwechslung von euch beiden selber sprechen!

Ich sehe mit Vergnügen, daß sich die Herrschaften über die spannenden Rechtsfragen die Wangen warm und rot geredet haben und nicht mehr so steif einander gegenüberstehen wie zu Anfang.

Die Sache ist also wieder in Ordnung zwischen euch?"

Er blieb, die Hände in den Taschen, vor den zweien stehen und schaute frohgestimmt von dem einen zu dem andern.

„Na, wie wär's denn, Gretchen, wenn wir dem großen Verteidiger etwas Vorschußlorbeeren bewilligen und in Anerkennung seiner Verdienste Verlobung feiern würden?"

Gretchen schwieg.

„Na also! — Was ist's? Du bist doch sonst nicht so zimperlich und zierst dich nicht!"

„Ich habe dir schon gestern gesagt, Vater, wir passen nicht zusammen!"

Selstermann drehte sich zu Dr. Weiß und rief ärgerlich: „Verstehen Sie das? Ich versteh's nicht!"

„Ich verstehe es," sagte Dr. Weiß schlicht, wenn auch mit bedrückter Stimme. „Ich verstehe es und ehre die Entscheidung Fräulein Gretchens, so schwer sie mich trifft. Ich kann nur hoffen, daß diese Entscheidung nicht ein für allemal gilt, daß die Zukunft noch eine Aenderung bringen kann!"

„Also, sozusagen, nun mal in erster Instanz abgeflogen — wir beide?" lachte Selstermann etwas gereizt. „Na, mir kanns recht sein, wenn Sie Geduld genug besitzen, auf die Launen eines harten Frauenkopfes zu warten. Ich habe was Dringenderes zu tun, als mich mit den Irrgängen im Garten der Herzensneigungen zu befassen! Der Sensal war draußen," sagte er in anderem Tone, „er hat mir auf mein Ersuchen eine Zusammenstellung des Verlustes gefertigt und überbracht, der sich nach der vorläufigen, jetzt schon ziemlich verläßlichen Aufmachungen herausstellt. Ich will beide Herrschaften nicht mit prosaischen Zahlen belästigen. Aber die Geschichte kommt verflixt teuer zu stehen.

Wir werden Gretchens weisen Rat befolgen und an ein energisches Sparen denken müssen.

Ich will es damit anheben, daß ich — so ungern ich es an sich tue — vom Ersten ab den drei jüngsten Leuten im Kontor kündige. Was meint ihr dazu?"

(Fortsetzung folgt.)

Welt und Wissen.

w. **Die Tragödie auf dem Everest.** Über London kommen jetzt ausführlichere Schilderungen über den letzten Versuch der Besteigung des Everest, des höchsten Berges der Erde. Danach erreichte die Expedition eine Höhe von 8333 Metern. Bis zum Gipfel, der 8839 Meter hoch ist, vorzudringen, gelang ihr nicht. Die erste Expedition, die im vorigen Jahre zur Besteigung des Bergriesen ausgezogen war, hatte nur eine Höhe von 8260 Metern erreicht. Zwei Mitgliedern der jetzigen Expedition, Mallory und Jroine, glückte es, über 8400 Meter vorzudringen. Die beiden sind jedoch nicht mehr zurückgekehrt sondern haben bei diesem Versuch ihr Leben eingebüßt.

w. **Weltkonferenz für mechanische Kraft.** Der Prinz von Wales eröffnete in Wembley die erste Weltkonferenz für mechanische Kraft, an der 39 Staaten, darunter auch Deutschland und Rußland, teilnehmen. Die Erörterungen werden sich auf die Möglichkeiten der Gewinnung neuer Kraftquellen, sowie deren Nutzbarmachung beziehen, ferner auf die Verwendung der Wasserkräfte zur Gewinnung von Elektrizität, sowie auf neue Methoden für die Verwertung von Kohle, Ölen und natürlichem Gas.

w. **Ein neues Serum gegen Tuberkulose.** Ein neues Serum, das geeignet sein soll, den Menschen gegen die Ansteckung mit Tuberkulose immun zu machen, kündigte der bekannte französische Forscher Professor Calmette in der französischen Akademie für Medizin an. Calmette verwendete für die Impfung gegen Tuberkulose einen besonderen Bazillus, den er aus der Milz eines Ochsen erzielte. Durch Impfung mit diesem Bazillus erzielte er bei jungen Kälbern eine solche Immunität, daß die Tiere noch 18 Monate nach der Impfung einer neuen Impfung mit einem starken Bazillus, der sonst in acht Wochen den Tod hervorruft, widerstanden. Ähnliche erfolgreiche Versuche wurden an Affen ausgeführt. Dadurch ermutigt, wandte Calmette seine Impfmethode bei jungen Kindern tuberkulöser Eltern an. 217 Kinder wurden in den ersten Tagen nach der Geburt in Zwischenräumen von 80 Stunden dreimal mit dem neuen Impfstoff geimpft. Innerhalb einer Zeit von 18 Monaten wurde keine schlechte Wirkung beobachtet, aber die Wirksamkeit der Impfung als eine Immunisierung gegen die Ansteckung mit Tuberkulose kann erst nach mehreren Jahren der Beobachtung als sicher bezeichnet werden. Man wird also gut tun, sich vorläufig nicht überschwenglichen Hoffnungen hinzugeben.

w. **Detlev v. Liliencrons literarischer Nachlaß.** Der Hamburger Senat hat bei der Bürgerschaft beantragt, den literarischen Nachlaß des Dichters Detlev v. Liliencron für 13 000 Goldmark zu erwerben und der Witwe des Dichters eine lebenslängliche Rente von jährlich 3000 Goldmark zu bewilligen.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. **Deutscher Sieg in Italien.** Bei den in Mailand zum Austrag gelangten Leichtathletik-Hochschulmeisterschaften belegte der dem Deutschen Sportklub Berlin angehörige Student Merkel im 400-, 1500- und 3000-Meter-Lauf die ersten Plätze.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Zum Tode verurteilt.** Das Dessauer Schwurgericht verurteilte den 19jährigen Landarbeiter Willi Schulze aus Paderborn, der seine Geliebte, eine 26jährige Dienstmagd, mit einem Strick erwürgt hatte, zum Tode.

§ **Harte Strafen für deutsche Kolonisten.** Das Gericht in Simferopel (Rußland) verurteilte fünfzehn deutsche Kolonisten wegen Überfalls auf Soldaten der Roten Armee. Zwei Kolonisten namens Schneider und Besser wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt, die übrigen zu Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren. In Anbetracht dessen aber, daß Tat bei Schneider und Besser lange zurückliegt, wurde die Todesstrafe in verschärftes Zuchthaus auf zehn Jahre umgewandelt.

§ **Ein Landfriedensbruchprozeß.** Vor dem Großen Schöffengericht in Hirschberg hatten sich 78 Angeklagte, meist Bergarbeiter aus dem Waldenburger Industriegebiet, wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Im November vorigen Jahres, als die wirtschaftliche Not besonders groß war, sammelten sich in Salzbrunn etwa 150 Personen, um in den umliegenden Ortschaften Lebensmittel zu verlangen. Es wurden acht Gehöfte geplündert und in 17 Besitzungen die Landwirte zur Hergabe von Lebensmitteln mit Gewalt gezwungen. An zwei Stellen kam es zu Zusammenstößen mit den bewaffneten Landwirten; in Verfolg des einen Gefechts wurden dreizehn Plünderer mit Waffen in der Hand festgenommen. Der Anklagevertreter selbst bezeichnete die damalige Not unter der Arbeiterschaft als strafmildernd. 22 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen zwischen ein und neun Monaten, die übrigen wurden freigesprochen.

§ **Muttermord.** Die 34jährige Antonie Sachtler wurde vom Schwurgericht Dessau zu zehn Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt, weil sie nach einer Auseinandersetzung ihre Mutter erwürgt hatte.

§ **Zuchthaus für einen Stadtrat.** In dem Prozeß gegen den Kasseler Stadtrat Wittrock, der in einer Wohnungtauschsache einen Meineid geleistet hat, fällte das Schwurgericht Kassel nach dreitägiger Verhandlung das Urteil. Wittrock wurde wegen wissentlichen Meineids in zwei Fällen zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Es wurde ihm ferner die Fähigkeit abgesprochen, jemals als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden.

§ **Zum Tode verurteilt** wurde vom Schwurgericht in Frankfurt a. O. der Schiffer Otto Wirth aus Aurich. Wirth hat im Februar dieses Jahres einen Mord an einem vierzehnjährigen Knaben begangen.

§ **Beleidigung des Reichspräsidenten.** Das Schöffengericht Naumburg verurteilte den Apothekenbesitzer Sturm wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu 300 Mark Geldstrafe.

Arbeiter und Angestellte.

Essen. (Knappschaftswahlen.) Im Ruhrgebiet haben die Knappschaftswahlen stattgefunden. Die Wahlbeteiligung war gering. Sie betrug nur etwa 45 bis 50 %. Allem Anschein nach haben die christlichen Gewerkschaften eine stärkere Zunahme zu verzeichnen. Die drei größten Gewerkschaften: Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Alter Bergarbeiterverband und die Union der Hand- und Kopfarbeiter dürften nunmehr gleich stark vertreten sein.

Börse und Handel.

Leblose Börse.

* Berlin, 1. Juli.

Die unter gewissen Erleichterungen für die deutsche Industrie erfolgte Verlängerung der Micumverträge bis zum 10. August sorgte anfänglich für Belebung der Umsätze. Der Rummel für Kriegsanleihe scheint seinen Höhepunkt überschritten zu haben; sie schwankte zwischen 345 und 325. Auch das Interesse für die anderen heimischen Anleihen ist etwas zurückgetreten. Am Geld- und Devisenmarkt sind die Verhältnisse unverändert geblieben.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	1. 7.	30. 6.		1. 7.	30. 6.
Weiz., märk.	139-144	138-143	Weizkl. f. Brl.	8,1-8,2	8,0
mitteld.	—	—	Rogkl. f. Brl.	8,1-8,2	8,0
Rogg., märk.	127-134	123-132	Raps	220	220
pommerscher	122-130	119-127	Leinsaat	2,6-2,8	260-280
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	19-20	19-20
Futtergerste	127-135	127-135	kl. Speiseerbs.	13-15	13-15
Braugerste	138-147	138-146	Futtererbsen	12-13	12-13
Hafer, märk.	124-134	124-134	Peluschken	10-11	10-11
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	13-14	13-14
westpreuß.	—	—	Wicken	11-12	11-12
Weizenmehl			Lupin., blaue	9-10	9-10
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	13-14	13-14
Bln. br. inkl.			Serradelle	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	8,6	8,6-8,7
Mrk. ü. Not.)	21-23,7	21-23,5	Leinkuchen	17-18	17-18
Roggenmehl			Trockenschtzl.	6,4	6,0-6,2
p. 100 Kil. fr.			vw. Zuckschn.	—	—
Berl. brutto			Torfml. 30/70	—	—
inkl. Sack	18,5-21	18,2-21	Kartoffelfl.	16	15

* An der Berliner Devisenbörse notierte am 1. Juli der Dollar 4,19 : 4,21; das englische Pfund 18,695 : 18,185; auch die übrigen Devisen waren im wesentlichen unverändert.

* Die Danziger Kreditanstalt hat ihren Geschäftsbetrieb eingestellt und ihre Kundenkonten auf die Dresdener Bank in Danzig übertragen. Die Aktien der stillgelegten Bank werden von der Dresdener Bank im Verhältnis von 4 : 1 eingetauscht.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Gebrauche Ata



-und im Haus sieht's stets bei dir wie Sonntag aus!
(ATA HENKEL'S PUTZ-UND SCHEUERMITTEL)

Bekanntmachung.

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt ordnet unter dem 25. 6. 1924 folgendes an:

Die gesetzliche Miete beträgt 62 v. H. der reinen Friedensmiete. Bei der Festsetzung der Miete auf 62 v. H sind die großen Instandsetzungsarbeiten berücksichtigt worden. Aus der gesetzlichen Miete sind nunmehr neben den Betriebskosten sämtliche auf dem Grundstück ruhenden öffentlichen Lasten von dem Vermieter zu entrichten. Für das Wassergeld sind 3 v. H der Friedensmiete in der gesetzlichen Miete in Anrechnung gebracht Falls der Vermieter das Wassergeld umlegt, vermindert sich die gesetzliche Miete um 3 v H. Ferner sind von den 62 v. H. der reinen Friedensmiete für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten 15 v. H. in Ansatz gebracht Führt der Mieter die laufenden Instandsetzungsarbeiten in seiner Wohnung selbst aus, so vermindert sich die gesetzliche Miete um 4 v. H Der 100% übersteigende Gemeindezuschlag zur Grundvermögensteuer (50%) kann nach wie vor auf die einzelnen Mieter umgelegt werden. Obige Bekanntmachung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Gleichzeitig tritt meine Bekanntmachung vom 11. 6. 24 über Mietzinsbildung außer Kraft.

Halver, den 1. Juli 1924.

Der Amtmann.

Mietzinsbildung im Amte Lüdenscheid
am 1. 7. 1924

Die gesetzliche Miete beträgt 58 v H. der Friedensmiete. Die Schönheitsreparaturen entfallen zu Lasten des Mieters. Aus der gesetzlichen Miete sind nunmehr neben den Betriebskosten sämtliche auf dem Grundstück ruhenden öffentlichen Lasten zu entrichten. Der Vermieter ist berechtigt, den Zuschlag der Gemeinde zur Grundvermögenssteuer, soweit er mehr als 100 v H beträgt, umzulegen.

Der gemeindliche Zuschlag beträgt in der Landgemeinde 110 v H.
" " " beträgt in der Gemeinde Hülscheid 125 v H

Bei der Festsetzung der gesetzlichen Miete auf 58 v. H sind die großen Instandsetzungsarbeiten berücksichtigt worden In denjenigen Fällen, in denen das Mieteinigungsamt auf Grund der bisherigen Vorschriften einen besonderen Zuschlag für große Instandsetzungsarbeiten festgesetzt hat, vermindert sich die gesetzliche Miete um den zugebilligten Betrag, soweit dieser am 1. Juli 1924 oder später fällig wird.

Lüdenscheid, den 1. Juli 1924.

Der Amtmann.

Sommer-Ausverkauf

Beginn:
Donnerstag, 3. Juli.

Sommer-Kleider	in weiß u. farbig	von 3,95 an
Blusen	in Voile und Muselin	„ 1.25 „
Damen-Mäntel	i. Coverk. u. Donegal	„ 4.95 „
Seidentricot-Jumper		„ 6.75 „
Damen- u. Herrenwesten	reine Wolle	„ 9.50 „

Voile	0,45 M	Rohnessel	0,48 M
Muselin	0,95 M	Bettuchnessel (L6) br.	1,65 M
Cheviot	1,95 M	Hemdentuch	0,65 M
Popelin	3,75 M	Rohflanell	0,78 M
Gabardine (1,30) br.	6,50 M	Bettdamast	1,15 M
Rockstreifen (1,05) br.	3,95 M	Schürzensiamosen	1,25 M

Herrenkonfektion, sowie sämtliche
:-: andere Artikel sind im :-:
Preise bedeutend herabgesetzt.

L. Stern, Meinerzhagen.

Amt Halver.

Landwirtschaftskammerbeiträge.

Die **Hebelisten** über die **Beiträge zur Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen** für das Rechnungsjahr 1924 liegen vom **5. km. Mts.** ab zwei Wochen lang zur Einsicht den Beteiligten im Amtshause hier, Zimmer Nr. 9, offen

Einsprüche gegen die Beitragsberechnung sind innerhalb einer weiteren, mit dem **20. km Mts.** beginnenden Frist von 2 Wochen — unbeschadet der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung — bei der Landwirtschaftskammer in Münster zu erheben.

Halver, den 30 Juni 1924

Der Amtmann.

Eine Partie leere
Säcke
leere Rübenkraut-
Fässer
und leere
Flaschen
hat billig abzugeben.

Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bhf.

Vaterl. Frauenverein Kierspe.

Am Mittwoch, den 9. Juli
Ausflug
nach der Listertalsperre.
Abfahrt, ab Gasthof Adolf Vollmann, mittels Auto **punkt 1 Uhr** mittags Anmeldungen müssen bis **Sonntag, den 6. Juli 1924** bei der 1. Vors. Frau Ad. Vollmann, Kierspe erfolgen

Der Vorstand.

Bäuerl. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Halver.

Bestellungen von
Ia. Kristall-Einmachzucker
(Mk 34.50 je Zentner, sackweise billiger) werden entgegengenommen.

Auf Lager vorrätig:
schwef. Ammoniak, Thomasmehl, Kainit Knochenmehl, Mais

Vereinigte Turn- und Spiel-Vereine Halver.

Diejenigen Turngenossen, die an dem vom **1. bis 3. August** in **Hagen** stattfindenden
Kreis-Turnfest
teilnehmen wollen,
haben sich im Laufe der Woche in der Turnhalle zu melden.

Besseres Fräulein (berufstätig) sucht
Zimmer
in Kierspe-Bhf.
in gutem Hause gegen Friedensmiete.
Offert. u **S. 100** an die Geschäftsst. d Ztg.

Gasthof C. Werthmann, Buschhausen.

Samstag, den 5. Juli, abends 7½ Uhr
Großer bunter Abend
bestehend in:
Männerchören, Rezitationen und hum. Vorträgen.
-- Näheres siehe Plakate. --
Veranst. von einer erst. hum. Gesellsch. aus Hamm.
Karten zum Preise von 1.- Mk.
sind im Gasthof Werthmann zu haben.

KRUPP-FAHR-
Mähmaschinen
Heuwender und Rechen
Hack- und Häutel-Pflüge
prompt ab Lager lieferbar.
Otto Haase & Co., Kierspe
— Telefon 181, Amt Meinerzhagen —

Bekanntmachung!

Wir machen unsere Kundschaft darauf aufmerksam, dass wir am hiesigen Platz für den Verkauf unserer sämtlichen —
Wörishofener-Original-Artikel
eine Niederlage errichtet
— und diese der Firma —
Halversche Medizinal-Drogerie
Carl Menke, Halver
übertragen haben
Woerishofener Naturheil-Zentrale
Elberfeld.

Packpapier
Ruf: 3948 Ruf: 3948
Bindfaden
für die metallverarbeitende Industrie liefert prompt in allen gewünschten Formaten und Rollen
August Liese,
Packpapier - Bindfaden
Hagen i. W. 803

Reparaturen
an Motorräder, Fahrräder, Nähmaschinen, landwirtsch. Maschinen, Elektromotore, u. s. w. u. s. w.
führt aus
Ernst Wolfram,
Neuenbrücke
bei Kierspe-Bahnhof.

Schützengesellschaft Halver.

Am **Freitag, den 4. Juli** nachm. 5½ Uhr soll auf der Carlshöhe **die Anweisung für die Verkaufsbuden usw** erfolgen, was wir hierdurch zur Kenntnis der Beteiligten bringen.

Der Vorstand.